

Gangster des Gesetzes

Von Alex Baur — Das Schweizer Fernsehen hat den Prozess gegen Raoul Weil und den Bruch des Bankgeheimnisses neu aufgearbeitet. Schonungslos deckt der Film auf, wie Recht zu Unrecht wurde.



Erhobenen Hauptes: früherer UBS-Banker Weil.

Das Strafverfahren in Florida gegen den UBS-Spitzenbanker Raoul Weil enthielt so ziemlich alle Ingredienzen, die ein Journalist normalerweise scheut wie der Teufel das Weihwasser. Der Fall war kompliziert. Das Dossier enthielt Millionen von Aktenstücken. Es ging um komplexe internationale Verträge, deren Auslegung selbst Fachleute überfordert. Das Verfahren gegen Weil dauerte Jahre. Doch Journalismus leitet sich bekanntlich von «jour» ab, wird von Tag zu Tag gemacht.

Und das Schlimmste: Raoul Weil beharrte auf seiner Unschuld. Ein Mächtiger, der eines Verbrechens überführt wird, das garantiert Quote und Aufmerksamkeit. Doch einer, der ein Verbrechen gar nicht begangen hat? Es ist fast unmöglich, eine spannende Geschichte zu erzählen über etwas, was nie war.

Zweiter Coup

Hansjürg Zumstein, ein erfahrener Dokumentarfilmer von SRF, hat das eigentlich Unmögliche geschafft. Wieder einmal. Schon in früheren Werken – wir erinnern uns an den Film über die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher, der ein halbes Jahr nach dem Coup für ein politisches Erdbeben sorgte und zur Spaltung der SVP führte – nahm sich Zumstein einer alten Geschichte an, die längst abgehakt

schien, tatsächlich aber noch lange nicht verdaut war. Und genau das gilt auch für seine Rückschau* auf den Prozess gegen den Spitzenbanker Raoul Weil, der im November 2014 in Amerika von Schuld und Strafe freigesprochen wurde. Gebannt und zunehmend fassungslos sitzt man dreieinhalb Jahre später vor dem Fernseher und fragt sich: «Wie war das nur möglich?»

Zur Erinnerung: Ausgelöst wurde das Verfahren gegen Raoul Weil in den USA ursprünglich durch den ehemaligen UBS-Mitarbeiter Bradley Birkenfeld. Birkenfeld hatte amerikanischen Privatkunden geholfen, mit sogenannten Offshore-Konstrukten ihr Vermögen am Fiskus vorbeizuschummeln. Das ist klar illegal. Denn die Schweizer Banken hatten sich vertraglich dazu verpflichtet, solche Praktiken nicht mehr zu unterstützen.

Fatale Kronzeugendeals

Um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, schob Birkenfeld die Schuld seinen Vorgesetzten zu. Kronzeugenregelung nennt sich dieses Instrument, das in den USA gang und gäbe ist und die Anschwärmungen von Drahtziehern mit Straferlass oder gar einer Teilhabe an der Beute belohnt (bei Birkenfeld waren das 103 Millionen Dollar). Das System führt fast

Gebannt und zunehmend fassungslos fragt man sich: «Wie war das nur möglich?»

zwangsläufig dazu, dass am Ende der oberste Chef auf der Anklagebank sitzt. Der Haken: Es setzt voraus, dass die von den Ermittlern erpressten und gekauften Anschuldigungen auch der Wahrheit entsprechen.

Im Prinzip drehte sich alles um eine Frage: Hat die Geschäftsführung der UBS die illegalen Machenschaften einzelner Kundenberater angeordnet oder zumindest toleriert? Die US-Steuerbehörden nutzten noch ein zweites Druckmittel: Sie drohten mit einer vorläufigen Sistierung der Bankenlizenz, bis der Fall geklärt war. Die 2008 ohnehin angeschlagene UBS hätte diese Massnahme nicht überlebt, unbesehen davon, ob der Verdacht zutraf.

Mit dem Segen des schweizerischen Bundesrates lieferte die Bank unter Verletzung der geltenden Gesetze Kundendaten an die

»» Fortsetzung auf Seite 10

Verwickelt



Ronan Farrow, Pulitzerpreis-Gewinner.

Mein Vater ist mit meiner Schwester verheiratet. Ich bin also sein Sohn und sein Schwager.» Aber es ist noch viel komplizierter. Sein Vater ist wahrscheinlich gar nicht sein Vater (er sieht ihm auch überhaupt nicht ähnlich). Hätte Hillary Clinton die Präsidentschaftswahl gewonnen, dann wäre Ronan Farrow, dreissig, ein hoher Job in ihrer Administration sicher gewesen, und Harvey Weinstein könnte vielleicht weiterhin auf den Hollywood-Sofas sein Unwesen treiben. Farrow gewann gemeinsam mit zwei Konkurrenz-Reporterinnen der *New York Times* den Pulitzer-Preis für seine Enthüllungsgeschichte im *New Yorker* (nachdem der TV-Sender NBC seine Recherchen als zu heiss abgelehnt hatte) und galt als Protegé unter den mütterlichen Fittichen der Aussenministerin. Seine leibliche Mom ist die Schauspielerin Mia Farrow («Rosemary's Baby»); er hat dreizehn Geschwister, zehn von ihnen sind adoptiert. Vielleicht ist er tatsächlich der einzige leibliche Nachkomme des Grosstadtneurotikers Woody Allen – verheiratet mit der eigenen Stieftochter Soon-Yi – oder aber Frank Sinatras Sohn aus einem späten Herzenstreffen Mias mit ihrem ersten Ehemann. Sie sagt nur: «Possibly.» Ronans ältere Schwester Dylan versucht den Stiefvater Woody schon lange als ihren Vergewaltiger vor Gericht zu bringen, Ronan ist also familiär vertraut mit dem Weinstein-Trauma.

«Fucking genius» nannten ihn Jugendfreunde und trauten ihm das Weisse Haus zu. Das Wunderkind lief seiner Jugend davon. Mit elf studierte Ronan am Bard College. Mit fünfzehn schloss er in Politik und Philosophie ab. Mit neunzehn war er graduiertes Rechtsanwalts der Law School in Yale. Auch nicht gebremst von einer Knocheninfektion, die ihn vier Jahre in den Rollstuhl zwang. Als Entwicklungshelfer engagierte er sich in den Elendsgebieten Afrikas und fiel der Aussenministerin Hillary Clinton auf, die ihn zum *special agent* und zum Beauftragten für globale Jugendfragen machte. Jetzt hat sich Farrow als Mitglied der LGBT-Gemeinde geoutet: «lesbian, gay, bisexual, transgender». Peter Hartmann

US-Behörden. Es war der Dambruch, das Ende des Bankkundengeheimnisses gegenüber dem Ausland. Andere Banken zogen nach. Die Bank Wegelin, die als einzige aufmuckte, wurde von den Amerikanern umgehend zerstört.

So wie sich die Banken in der Not mit halberzigen Schuldanererkennungen freikaufte, so liessen sich auch fast alle ihrer Mitarbeiter, die ins Visier der US-Ermittler gerieten, auf Kronzeugendeals ein, um einer drohenden Untersuchungshaft und einem ruinösen Prozess zu entgehen. Raoul Weil gehörte zu den ganz wenigen Spitzenbankern, die nicht einknickten. Selbst während dem laufenden Pro-

Es geht um Redlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, und diese hat keine politische Couleur.

zess lehnte er noch einen angebotenen Deal ab. Er nahm Haft und die Gefahr eines Fehlurteils in Kauf. Dafür verliess er am Ende den Gerichtssaal in Orlando erhobenen Hauptes. Die Geschworenen waren in rekordverdächtigen 45 Minuten einstimmig zu einem Freispruch gelangt.

Unerbittliche Nüchternheit

Das ist alles nicht neu. Doch Zumstein ist es gelungen, diesen Stoff in einen packenden und zugleich sorgfältig recherchierten Dokumentarkrimi zu verpacken, der unter die Haut geht und die Ungeheuerlichkeit des Falles in seiner ganzen Tragweite begreiflich macht. Zumstein rapportiert unaufgeregt, fast unterkühlt. Doch es gelingt ihm, auch den Menschen Raoul Weil und sein persönliches Umfeld fassbar zu machen.

Mit derselben unerbittlichen Nüchternheit leuchtet er auch die Rolle der ehemaligen UBS-Kundenberater Hansruedi Schumacher und Martin Liechti aus, die den Deal mit der Staatsanwaltschaft eingingen und alle Schuld auf den Chef abschoben. Dabei wird ein besonders fataler Makel von Kronzeugendeals offenkundig: In der Praxis führen sie zu einer Beweislastumkehr. Faktisch musste Weil beweisen, dass die Zeugen die Unwahrheit sagten. Nur dank Glück gelang ihm das.

Ob das Bankgeheimnis zu Recht oder zu Unrecht geschlossen wurde, ist eine Frage, über die man getrost streiten kann. Doch darum geht es hier nicht. Sondern um Redlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, und diese hat keine politische Couleur. Und nicht zuletzt hat Hansjürg Zumstein auch gezeigt, was der öffentliche Rundfunk leisten kann, wenn er seine Aufgabe ernstnimmt.

* «Der Prozess – Ein UBS-Banker vor Gericht». SRF 1, 19. April 2018, 20.05 Uhr.

Frankreich

Abmarsch

Von Jürg Altwegg — Während sich Emmanuel Macron international als Superdemokraten präsentiert, regiert er zu Hause autoritär durch. Mit Erfolg.

Emmanuel Macron, gerade ein Jahr im Amt, wollte den Mai 1968 auf die Agenda der französischen Erinnerung setzen. Jetzt erlebt er ihn unvermittelt als Remake. Die Studenten streiken, Universitäten werden von der Polizei geräumt. Selbst die legendäre Hochschule Sciences Po wurde lahmgelegt: «Wir wollen nicht wie Macron werden», erklärte die militante Avantgarde der zukünftigen Elite des Landes.

Macron hat Probleme, wohin er blickt: Auf den Bau eines seit dreissig Jahren geplanten Flughafens bei Nantes hat die Regierung verzichtet – doch die Besetzer blieben vor Ort und bekamen Verstärkung. Mehrmals musste die Räumung verschoben werden.

Mit rund 500 gegen 80 Stimmen wurde die Reform der Bahn im Parlament verabschiedet. Der Bahnstreik aber, der alle drei Tage das Land während zweier Tage lahmlegt, geht weiter. Die Benutzer verfluchen den Ausstand, die Bürger unterstützen ihn: Wie Revolten werden Streiks nach wie vor als legitime Mittel im Kampf gegen die Macht betrachtet. Jetzt kommt der Konflikt auch noch vor Gericht: Die Gewerkschaften haben geklagt, um die Streiktage mit den – langen – Ferien verrechnen zu können.

«Vertikales Regieren»

Gegen den Widerstand der Linken wie der Rechten wurde das Gesetz zur Migration durchgepeitscht. Es regelt ein paar Details und lässt die grundsätzlichen Fragen zu Asyl, Einwanderung und Integration offen. Flüchtlingshelfer werden derweil zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Am grössten ist das Unbehagen in der eigenen Partei. Aufmüppigen Parlamentariern wurde mit Sanktionen gedroht: Macrons «La République en marche!» muss im Gleichschritt marschieren. Gerade hat eine frühe Sympathisantin ein kritisches Buch über das sektiererische und wenig demokratische Funktionieren der Bewegung veröffentlicht. Ungeniert rügt inzwischen auch Vorgänger François Hollande den «Präsidenten der Reichen», der die soziale Ungleichheit verschärft.

Nach wie vor anerkennen die Franzosen die Notwendigkeit der Reformen. Sie hören aber auch Macrons Phrasen über die «Autorität der Demokratie» anlässlich seiner Rede vor dem Europaparlament und kontrastieren sie mit seiner autoritären Methode des «vertikalen Regierens». Denn Macron schöpft die Machtfülle, die



Sieger nach Punkten: Präsident Macron.

dem Präsidenten von der Verfassung der Fünften Republik eingeräumt wird, voll aus. Der zornige Linke François Mitterrand hatte sie 1964 in dem Pamphlet «Der permanente Staatsstreich» beschrieben – und das Buch nach seiner Wahl in den Elysée-Palast aus dem Verkauf gezogen.

«No chance», dass er einknicken werde, hat Präsident Macron im Gespräch mit Fox News zum Staatsbesuch bei US-Präsident Donald Trump erklärt. Auch zu Hause bekundete er Kampfbereitschaft – in einem fast dreistündigen Fernsehinterview, das darauf angelegt war, mit der monarchistischen Tradition des servilen TV-Rituals zu brechen.

Die Journalisten hatten mit ihrer neuen Rolle allerdings mehr Mühe als Macron. Allzu krampfhaft stellten sie ihre Fragen wie Fallen. Dabei hatte der «Jupiter»-Präsident sogar auf den Heimvorteil im Elysée verzichtet: Man ging in ein Theater. Die Gratwanderung vom Olymp in die Niederungen des französischen Alltags schaffte Macron ohne jedes Stolpern: Im Schlagabtausch mit zwei Interview-Gegnern blieb er Sieger nach Punkten.

Die Revolte des Mai vor fünfzig Jahren ging zu Ende, als die Semesterferien begannen. Bislang war der Streik der Bahn auf den Tag genau bis Ende Juni programmiert. Inzwischen planen die Gewerkschaften allerdings eine Verlängerung in den Sommer hinein.